

I. Vizepräsident des Bayerischen Landtags
Staatsminister a.D.

Presseerklärung

München, 26. Oktober 2011

**Bocklet: Große Enttäuschung, aber Absage an resignative Reaktion
„Gerda Hasselfeldt hat sich massiv eingesetzt“**

Mit großer Enttäuschung hat Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers Thomas de Maizière zur Kenntnis genommen, den Bundeswehrstandort Fürstenfeldbruck in Gänze aufzugeben. Bocklet bezeichnet die komplette Schließung des Standortes mit dem Wegfall von 1240 Dienstposten als schweren Schlag für den Raum Fürstenfeldbruck, der mit erheblichen Nachteilen für die betroffenen Menschen, den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftskraft verbunden ist. Darüber hinaus bedeute die Berliner Entscheidung auch einen tiefen Eingriff in die jahrzehntelangen engen Beziehungen der Bevölkerung zur Bundeswehr und zum Standort Fürstenfeldbruck. Für die Bundeswehr selbst stellt die Schließung nach den Worten des Abgeordneten einen Bruch mit der Tradition dar, gilt doch Fürstly als Wiege der deutschen Luftwaffe. Bocklet dankte gleichzeitig der Bundestagsabgeordneten Gerda Hasselfeldt für ihren massiven Einsatz zugunsten der Erhaltung des Standortes. „An Gerda Hasselfeldt liegt es bestimmt nicht, dass Fürstly nicht zu halten war“, erklärte Bocklet wörtlich.

Landtagsvizepräsident Bocklet erteilt aber jeder resignativen Reaktion eine klare Absage. Angesichts der geschätzten Kosten in Höhe von ca. 100 Mio. Euro, die für die bauliche Erneuerung des Standortes veranschlagt wurden, sei die Berliner Entscheidung nachvollziehbar. Es sei von Beginn an wahrscheinlich gewesen, dass sich ein Standort im Speckgürtel von München mit diesem Handicap schwerer tun würde zu überleben, als ein Standort im ländlichen Raum.

Wie Bocklet betont, müsse nun alles getan werden, dass das frei werdende Gelände sinnvoll genutzt werde. Dies stelle eine besondere Herausforderung für die Große Kreisstadt Fürstfeldbruck aber auch für den ganzen Landkreis dar. Der Landtagsabgeordnete nannte in diesem Zusammenhang Wohnbebauung, Gewerbeansiedlung, Freizeit- und Erholungseinrichtungen und ökologische Flächen als mögliche Optionen. Angesichts der Besiedlungsdichte des Landkreises müssten die verschiedenen Möglichkeiten aber sorgfältig abgewogen werden. Bocklet forderte gleichzeitig vom Bund und Land wirksame Hilfen für Ausgleichsmaßnahmen bei der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und neuen Einrichtungen.

Ramona Niedermeir
Büro des 1. Landtagsvizepräsidenten Reinhold Bocklet